

**Anfrage der Ratsfraktion von BÜ90/GRÜ:  
Energiepolitische Positionierung des Oberbürgermeisters im RWE-Beirat bzw.  
auf der RWE-Hauptversammlung.**

**Frage 1:**

Welche energiepolitische Position vertritt der Oberbürgermeister in den vergangenen und zukünftigen Sitzungen der RWE-Gremien, insbesondere hinsichtlich der Atompolitik des Konzerns?

**Antwort:**

Die Landeshauptstadt Düsseldorf hat am 6. Februar 2008 ein energie- und klimapolitisches Programm unter dem Titel: „Schöpfung bewahren - 30 Initiativen für den Klimaschutz in Düsseldorf“ vorgelegt. In diesem Programm sind die Maßnahmen der Landeshauptstadt Düsseldorf im Zusammenhang mit Klima- und Energiefragen zurzeit festgelegt.

Weitere Initiativen, um bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen, sind im Augenblick Gegenstand einer Studie, die vom Wuppertal-Institut im Auftrag der Landeshauptstadt Düsseldorf durchgeführt wird.

Mit Blick auf den allg. energiewirtschaftlichen Erzeugungsmix geht die Stadt davon aus, dass dieser auch in Zukunft im Wesentlichen Ausfluss gesetzgeberischer Gestaltung insbesondere auf Bundesebene bleibt.

**Frage 2:**

Wie bewertet der Oberbürgermeister das rechtliche Vorgehen des RWE-Konzerns gegen die derzeitige Abschaltung des Kernkraftwerks Biblis und zukünftiger möglicher rechtlicher Schritte gegen den von der Bundesregierung angekündigten Atomausstieg?

**Antwort:**

Der aktuellen Presse ist zu entnehmen, dass sich juristische Schritte auf gegebenenfalls zivilrechtlich durchzusetzende Schadensersatzansprüche beziehen würden. Die Autorisierung bzw. Prüfung solcher Maßnahmen gehört nicht zu den Aufgaben des Beirates der RWE AG.

**Frage 3:**

Wer hat für die Landeshauptstadt Düsseldorf das Stimmrecht bzw. das Stimmrecht der städtischen Töchter auf der vergangenen RWE- Hauptversammlung wahrgenommen?

**Antwort:**

Bei den angesprochenen 5,6 Mio. Aktien der RWE AG handelt es sich um Anteilsbestände, die mittelbar über die RW Holding sowie die RW Energie Beteiligungs GmbH & Co. KG gehalten werden. An diesen Aktien steht der Landeshauptstadt Düsseldorf kein Stimmrecht zu.